

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

17. Dez. 1946

Blatt 1811

## Gemeinderat

=====

Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General a.D. Dr.h.c. Körner die Beratung des Voranschlages fort.

Zur Verhandlung gelangt das 5. Hauptstück: Gesundheitswesen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Weinberger hebt einleitend hervor, daß im abgelaufenen Jahr manches erreicht werden konnte, leider vieles noch offen bleiben mußte und einzelne Projekte noch in der Planung stehen.

Die Bettenzahl der Krankenhäuser betrug vor dem Kriege 12.000, nach dem Kriegsende nur 8.000. Derzeit sind es wieder 11.600 Betten. Beschlagnahmt sind noch immer das Krankenhaus Wieden, das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft, das Brigittaspital sowie Pavillon 1 und 3 im Altersheim Lainz. Die Schadenshöhe an Inventar und Material wurde mit ungefähr 2,5 Millionen Schilling errechnet. An geplanten Maßnahmen auf diesem Gebiete sind die Bemühungen um Freigabe der besetzten Krankenhäuser, um den Aufbau der zerstörten Krankenhäuser und Errichtung eines Krankenhauses in Floridsdorf zu erwähnen. Zunächst soll allerdings der Ausbau des gegenwärtigen Notspitales durchgeführt werden. Die Floridsdorfer Bevölkerung hat einen sehr schönen Beitrag für ihr Krankenhaus gesammelt. (Lebhafter Beifall.) Einige andere Spitäler an der Peripherie Wien werden auch ausgestaltet.

Bei den Jugendfürsorgeanstalten zielen unsere Bemühungen darauf ab, die von den Alliierten besetzten Heime frei zu bekommen sowie derzeit unbenützbare und beschädigte Gebäude in-stand zu setzen. Dies gilt insbesondere für die Heime Bornbach, Augarten und Weidlingau. Das Erziehungsheim Hohe Warte wird voraus-

sichtlich im März, das Heim in Klosterneuburg im März oder April 1947 in Betrieb genommen werden.

In der Altersfürsorge gingen von 9.100 Betten/der geschlossenen Altersfürsorge verloren. Seit Kriegsende konnten bisher 1.500 Betten dem ursprünglichen Zweck zugeführt werden. Es besteht die Absicht, die ehemalige SS-Kaserne in Meidling für diese Zwecke zu erwerben.

Sehr traurig sieht es auf dem Gebiete der Obdachlosenfürsorge aus. Von den ehemals vier Heimen mit 3.000 Betten gingen durch Kriegseinwirkungen drei verloren. Gegenwärtig ist nur das Heim in Meidling mit 500 Betten benützlichbar.

Im Rettungsdienst haben sich die Ärzte, die Sanitäter und das Personal sehr bemüht, das vollkommen zusammengebrochene Werk selbst wieder aufzubauen. Es besteht noch großer Mangel an Fahrzeugen. Die Medikamentenversorgung ist ein sehr ernstes Problem. Während wir bisher dank der Hilfe der Alliierten und auch Neutralen das Auslangen finden konnten, wird seit einiger Zeit das Fehlen besonders wichtiger Spezialpräparate gemeldet. Daraus können sich weittragende Folgen ergeben. Große Schwierigkeiten bestehen auch bei den Röntgenuntersuchungen infolge des Mangels an Röhren und Filmmaterial. Starker Mangel herrscht auch an Fieberthermometern. Die Amerikaner haben in ihrem Sektor Säuglingswäsche ausgeteilt, doch ist eine Ausdehnung dieser Aktion auf die gesamte Stadt zu wünschen.

Das Personal in den Krankenanstalten hat durch die Nazi-herrschaft stark gelitten. Von den Ärzten mußten nach der Befreiung viele entlassen werden, und es war nicht leicht, einen neuen Stock wieder aufzubauen. Es fehlt noch immer an diplomierten Schwestern. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich auch hinsichtlich der Entlohnung. Ein schwerer Notstand herrscht unter den Jungärzten. Es wurde daher die Wiedereinführung von sogenannten Jungarzt-Stipendien, wie sie bis 1938 bestanden, angeregt. Unge-nügend bezahlt sind auch die geistlichen Schwestern, die zum Teil nur ein Viertel des Gehaltes der anderen Pflegerinnen erhalten.

Als dringliche Maßnahme für die nächste Zeit bezeichnete Vizebürgermeister Weinberger die Erhöhung der Zahl der Mutterbe-ratungsstellen. Auch der schulärztliche Dienst soll ausgedehnt werden. Wichtig ist auch der Ausbau und die Vermehrung der Schul-

zahnkliniken. Weiter verwies der Redner auf die derzeitige schlechte Unterbringung der medizinisch-hygienischen Untersuchungsanstalt. Da derzeit kein Neubau möglich ist, wird an eine Unterbringung in einem anderen Objekt gedacht werden müssen; entweder im Rudolfs-Spital oder in einem Gebäude der Gemeinde Wien in der Maria Theresien-Straße.

VBgm. Weinberger befasste sich hierauf mit technischen Fragen, <sup>der Gewährung der Krankenzubussen,</sup> die noch keine befriedigende Lösung gefunden haben.

Als geplante Massnahmen auf weitere Sicht nannte VBgm. Weinberger den Wiederaufbau der Quarantänestation in der Arsenalstrasse für Fälle besonders bösartiger, seltener Seuchen. Weiter wird an die Schaffung einer Zentralstelle zur Beratung von Nerven- und Gemütskranken gedacht, an die Wiedererrichtung der Süchtigen- und Trinker-Fürsorge, an den Aufbau einer psychologischen und biologischen Eheberatung, an den Aufbau einer Schwangerenberatung und an die Errichtung von Erholungsheimen für mittellose erholungsbedürftige Wiener.

Ausführlich besprach der Berichterstatter das Problem der Tuberkulose. Die Gesamtzahl an aktiven Tuberkulosekranken betrug im Jänner 1946 27.607, im November 1946 30.951. Todesfälle gab es 1938 1910, im Jahre 1945 4213. Es ist somit ein dauernder allmählicher Anstieg der Zahl der Erkrankungen festzustellen. Was bisher zur Bekämpfung getan werden konnte, wurde getan. Leider gibt es noch immer nur 17 Fürsorgestellen gegenüber 28 im Frieden. Im 21. Bezirk wurden vom Wohnungsamt Räume in Aussicht gestellt, jedoch erhielt das Gesundheitsamt bis jetzt noch keine nügültige Entscheidung. Es ist eine Schande für Wien, dass die Floridsdorfer über die Donau herüber kommen müssen, um in eine Fürsorgestelle zu kommen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Zur Spitalsbehandlung der Tbc stehen derzeit 1593 Betten zur Verfügung, weitere 1000 Betten sind notwendig. Zur Heilstättenbehandlung können gegenwärtig 1200 Betten in Wien und in den Bundesländern verwendet werden, die aber nur für den halben Bedarf ausreichen. Notwendige Massnahmen wären die Vermehrung der Tbc-Fürsorgestellen, der Heilstättenbetten, die Errichtung eines Referates für Tbc-Kranke im Wohnungsamt, und Nahrungsmittelzubussen für Kranke, die an aktiver Tbc leiden. Es ist bedauerlich, dass ein diesbezüglicher Erlass der Bundesregierung schon nach Ausgabe der Karten durch das Ernährungsamt von den Alliierten verboten wurde.

Diese Maßnahme erscheint vollkommen unverstündlich und es ist nur zu hoffen, daß sie wieder zurückgenommen wird. Ohne Nahrungsmittel kann man die Tbc nicht ernsthaft bekämpfen. Wichtig wäre auch die Anschaffung eines mobilen Schirmbildgerätes zur systematischen Röntgenuntersuchung der gesamten Bevölkerung. Auch was an Volksaufklärung getan werden konnte, wurde getan. Ein Film des Gesundheitsamtes über die Gefahren der Tbc ist in ähnlicher Art wie er bei den Geschlechtskrankheiten gemacht wurde, in Bearbeitung. In letzter Zeit wurde auch über das Thema Tuberkulose eine Pressekonferenz abgehalten, die in Inland wie sicherlich auch im Ausland starken Eindruck gemacht hat.

Auch bei den Geschlechtskrankheiten herrscht eine ernste Situation. Im November gab es 1.428 frische Infektionen, davon 879 Erkrankungen an Tripper und 535 an Lues. Die Medikamente für die Behandlung stehen uns noch zur Verfügung, auch die Betten sind dafür vorhanden. Aber wir sollten vor allem die jungen Leute, die geheilt wurden, weiter betreuen können, um einen sonst unvermeidlich erscheinenden Rückfall zu vermeiden. Es wäre notwendig, für diese Menschen ein Heim zu schaffen und ich hoffe, daß es uns und dem Wohlfahrtsamt gelingen wird, hier weiterzukommen. Auf dem Gebiete der Aufklärung, der sehr große Bedeutung zukommt, haben wir alles getan was möglich war.

Ein erfreulicheres Kapitel ist die Lage auf den übrigen Seuchen- und Gefahrengeländen. Wir haben hier, ich sage es offen, Glück gehabt, und es ist ein Wunder zu nennen, daß im Gefolge des Krieges nicht mehr geschehen ist. Bei Diphtherie hatten wir im November 366 Erkrankungen (12 Todesfälle) und im Oktober 430 (11 Todesfälle); Scharlacherkrankungen im Oktober 270 und im November 201 Fälle, Todesfälle gab es hier keine; die Zahl der Fälle an Kinderlähmung, über die so viele Gerüchte in Umlauf waren, ist kaum höher als normal, nämlich 40 Fälle (2 Todesfälle) im Oktober und 24 (4 Todesfälle) im November; Malaria im Oktober 15 und im November nur 2 Erkrankungen. Auch hier wieder keine Todesfälle. Typhus 44 Erkrankungen (3 Todesfälle) im November und 72 (4 Todesfälle) im Oktober und schließlich Ruhr 21 (2) im Oktober und 12 (2) Fälle im November. Die Kurve dieser Erkrankungen verläuft also weiter sehr günstig, was auf die Bemühungen der Ärzte des Gesundheitsamtes wie auch auf die Normalisierung der allgemeinen Verhältnisse und auf die günstigen Wet-

terbedingungen zurückgeführt werden kann.

Ich glaube ihnen hiemit gezeigt zu haben, daß von unserer Seite aus alles geschehen ist, was wir tun konnten. Was ich aber gerade hier vermisste, ist die notwendige Zusammenarbeit. Wäre sie Wirklichkeit, könnten die Dinge hier noch besser liegen als ich berichten konnte, denn gerade hier gilt das Wort, daß vorbeugen besser ist als heilen.

Ich möchte zum Schluß auch heute an dieser Stelle allen Beteiligten für ihre Mitarbeit im Namen der Stadt Wien und in meinem Namen den Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall).

-----

Unterbrechung des Gemeinderatsberichts.

-----

Weitere Kürzung der Gaslieferzeiten

-----

Infolge andauerndem Erdgasemangel kann die Gasversorgung nicht im bisherigen Umfange aufrechterhalten werden. Bis auf weiteres wird Gas

von 6 Uhr bis ungefähr 12 Uhr und

von 18 Uhr bis ungefähr 21 Uhr

abgegeben. Dies gilt auch für Donnerstag und Samstag.

Die Gasabnehmer werden aufgefordert, die Gasflammen zu beobachten und bei deren Verlöschen die Hähne zu schließen.

Telephonische Anrufe bei den Gaswerken sind zwecklos und zu unterlassen.

Badezeiten in den städt. Bädern zu den Feiertagen

-----

Wegen des zu erwartenden starken Andranges werden die städt. Bäder in der Woche vor den Weihnachtsfeiertagen bei entsprechender Brennstofflieferung von Donnerstag, den 19. (mittags) bis Sonntag, den 22. (mittags) geöffnet sein. Vom 23. Dez. 1946 bis 1. Jänner sind alle städt. Bäder geschlossen.

Als erster Redner in der Spezialdebatte sprach zu diesem Kapitel GR. Steinhardt. (KPÖ) Er stellte fest, daß das Gesundheits- und das Wohlfahrtsamt aber auch das Wohnungsamt eine gemeinsame Linie beziehen müssten, um in wichtigen Fällen unmittelbar ohne Bürokratismus das Richtige tun zu können.

Wir haben heute die beruhigende Erklärung gehört, dass sich das Gesundheitswesen in Wien und wahrscheinlich auch in Österreich gegenüber dem Vorjahre bedeutend verbessert hat, und Ruhr, Typhus und andere Kriesseuchen auf ein Minimum zurückgegangen sind. Leider aber sind Erkrankungen stärker geworden, die besonders für Kinder sehr gefährlich werden können, wie Krätze und andere Hautkrankheiten. Deshalb möchte ich hier an den Referenten die Bitte richten, an die Bezirksärzte Anweisung zu geben, dass sie die Kinder, bevor sie in Wohlfahrtsanstalten aufgenommen werden, genau auf diese Krankheiten untersuchen, denn es ist vorgekommen, daß Kinder mit Läusen in die Anstalten gebracht worden sind. Es ist eine allgemeine Verschmutzung unserer Stadt eingetreten und die Mütter sagen mit Recht, dass sie die Kinder nicht reinhalten können, weil zu wenig Seife da ist. Es bedeutet dies eine sehr grosse Gefahr, denn die Verbreitung des Ungeziefers ist in solchen Fällen schon nach wenigen Tagen sehr gross.

Sehr bedenklich ist auch das Ansteigen der Tuberkulose, die Morbus Vienensis, die besonders heute durch die Unterernährung der Kinder günstige Aufnahme findet. Dabei konnte ich aber feststellen, dass sich Österreich in manchen Dingen der Ernährung zum grossen Teil selbst versorgen könnte, wie zum Beispiel mit der für die Tuberkulose so wichtigen Milch. Aber heute geben die Kühe plötzlich keine mehr und so kann auch hier nicht geholfen werden.

Es herrscht Mangel an Rettungsautos. Es stehen aber in Rettungsstelle der Stadt Wien 6 solcher Autos, die nicht in Betrieb genommen werden können, weil keine Reifen vorhanden sind. GR. Steinhardt appellierte an den Stadtrat für Gesund-

heitswesen, hier seine Bemühungen zu verstärken, damit die Reifenverteilungsstelle der Stadt Wien in der Wipplingerstrasse die erforderlichen Reifen zuteilt.

Zum Schlusse verlangte der Redner, der Stadtrat für Gesundheitswesen möchte im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt in verstärkter Masse trachten, die fehlenden Räume zur Errichtung von Tuberkulosefürsorgestellen zu beschaffen.

GR. Dr. Goldbach (ÖVP): Die Gesundheit ist das Wohlbefinden in körperlicher, geistiger und sozialer Beziehung. Daher müsse der Einfluss des Referenten für Gesundheitswesen alle Sparten unserer Gemeindeverwaltung umfassen.

Dr. Goldbach wies ebenfalls auf die Dringlichkeit der Errichtung von Tuberkulose-Fürsorgestellen hin. Die Tuberkulosen-Fürsorge sei der wichtigste Teil des Gesundheitswesens. Der Stadtrat für das Wohnungswesen sollte seine Beamtenschaft auf die Dringlichkeit der Beschaffung von Räumen zur Errichtung der fehlenden Fürsorgestelle aufmerksam machen.

Sehr erfreulich seien die Fortschritte der Aufklärungsarbeit über die Geschlechtskrankheiten. Man sollte auch auf dem Gebiete der Tuberkulose aufklärend wirken und ähnlich wie über die Geschlechtskrankheit auch über die Tuberkulose einen Film herstellen. Das Notspital in Floridsdorf muss ausgebaut werden, bis ein modernes Spital errichtet werden kann, da jährlich ungefähr 4.200 Fälle in die Spitäler diesseits der Donau herübergbracht werden. Der Mangel an Fürsorgerinnen zeigt sich besonders in der Tuberkulosenfürsorge. Redner regt an, zum mindesten während der Zeit des Personalmangels die Fürsorgerinnen wieder den Tuberkulosefürsorgerinnen zu einem praktischen Hilfsdienst beizugeben. Es herrscht Mangel an Stationschwestern. Diese Posten müssen, da sie grössere Opferwilligkeit und Mehrarbeit verlangen, mit Funktionszulagen ausgestattet werden. Meine Partei steht ferner auf dem Standpunkt, dass gleiche Arbeit wenigstens annähernd gleich entlohnt werden müsste. Die geistlichen Krankenschwestern erhalten aber monatlich 40 bis 45 Schilling, (Rufe: Hört! Hört! bei der ÖVP.) während die weltlichen Schwestern einen Gehalt von monatlich 132 bis 165 Schilling zuzüglich 50 Schilling Härteausgleich bekommen.

Meine Fraktion regt daher an, für die geistlichen Schwestern eine Entlohnung festzusetzen, deren sich die Gemeindeverwaltung nicht zu schämen hat. (Lebhafter Beifall bei den Part.igenossen.)

GR. antonia Platzer (SPÖ) <sup>verweist</sup> auf die schlechte Bezahlung der Schulärzte in den Mittelschulen und weiter auf die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheit in Floridsdorf. Da kein Gebäude zur Verfügung steht, habe man das Lazarett Stammersdorf in Betracht gezogen, doch sei auch dieses nicht geeignet. Der von der Floridsdorfer Bevölkerung im Vorjahre gesammelte namhafte Betrag sei daher dem Krankenhaus Floridsdorf zugewiesen worden. Angesichts der hohen Zahl der Tuberkuloseerkrankten können wir <sup>mit</sup> dem bisher Geleisteten nicht zufrieden sein. Allerdings stehen den Bemühungen oft unübersteigliche Schranken entgegen, so der Mangel an Betten, an Wäsche, an den wichtigsten Medikamenten und vor allem an Nahrung. Es wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht die von Schleichhändlern beschlagnahmten Lebensmittel auf kurzem Weg in Tuberkulose-Heilstätten- oder -Fürsorgestellen zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muss das grösste Augenmerk zugewendet werden. Für Kriegsversehrte sollte der Plan in Betracht gezogen werden, ein orthopädisches Spital auf kommunaler Grundlage zu führen und Prothesen zu erzeugen, um die Versehrten wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Eine Rückverrechnung der Kosten mit dem Bund müsste möglich sein. Hinsichtlich der Pflegerinnen-Schulung ist einiges geschehen, es müssten aber auch externe Schülerinnen aufgenommen werden, um den grossen Mangel an geschultem Pflegepersonal abzuhefen. Die Zahl der Ärzte genügt keinswegs. Nur dem glücklichen Zustand, dass wir keine Infektionsepidemien zu verzeichnen hatten, ist es zu verdanken, daß dieser Mangel nicht allzu sichtbar wurde. Wir begrüßen es, dass Österreich seine Wissenschaftler wieder in die Heimat zurückruft. Gleicharweise müssten auch jene tüchtigen Ärzte, die vor 1938 als Emigranten ins Ausland gingen, wieder nach Österreich berufen und in das Gesundheitswesen unserer Stadt eingebaut werden. (Lebhafter Beifall.)

VBgm. Weinberger ging in seinem Schlusswort auf die einzelnen Anregungen und Hinweise der Debatteredner ein. Er verwies dabei auf die dienstliche Unterstellung des Rettungsdienstes und gab seiner Ansicht Ausdruck, dass dessen Bestreben nach einer gewissen Selbständigkeit geht, da hier noch die Tradition der alten Freiwilligen Rettungsgesellschaft wirke. Was die Zurückholung emigrierter Ärzte betreffe, so ist in dieser Hinsicht alles Mögliche getan worden. Daneben darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass Östreich und Wien schon zu viele Ärzte hat, deren Zahl sich noch erhöhen wird, wenn alle Kriegsgefangenen zurück sein werden. Für die Ärzte wird es bald sehr schwierig werden und ein gewisses Elend in diesem Berufszweig wird nicht zu vermeiden sein. Am Schlusse seiner Rede gab Vizebürgermeister Weinberger der Versicherung Ausdruck, dass er und seine Mitarbeiter sich weiterhin bemühen werden, alles für die Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung zu tun und dass es hoffentlich bald ein gesundes Wien mit gesunden Wienern geben wird.

Die Ansätze des 5. Hauptstückes einschliesslich der Ansätze zum ausserordentlichen Voranschlag wurden einstimmig angenommen.

--- --

#### Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

##### Kardinal Innitzer in Floridsdorf.

Am 17. Dezember besuchte Kardinal Dr. Theodor Innitzer das Krankenhaus der Gemeinde Wien in Floridsdorf.

VBgm. Stadtrat Weinberger hob in seiner Begrüssung hervor, dass er sich freue, den Kardinal an dieser Stätte, die der Gesundheit des Körpers diene, willkommen heissen zu können.

Ein Rundgang durch die Räume des Hauses zeigte, auf welchem hohem medizinischen Niveau sich die Krankenanstalt derzeit trotz der gegenwärtigen baulichen Unzukömmlichkeiten dank der Bemühungen der Ärzte, Schwestern und Angestellten befindet. VBgm. Weinberger stellte den Beginn des Ausbaues des Krankenhauses für das nächste Jahr in Aussicht.

## Fortsetzung des Gemeinderatsberichtes.

Es gelangt nun das 10. Hauptstück des Voranschlages, Ernährungswesen, zur Behandlung.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) führte als Berichterstatter aus:

Wir befinden uns in den gleichen Schwierigkeiten wie in allen Wochen vorher. Wir wissen zur Stunde nicht, wo wir in wenigen Tagen das Mehl für unser Brot hernehmen sollen. Jetzt, wo der Frost eingetreten ist, müssen wir die Erdäpfellieferungen unterbrechen und zehntausende Familien haben erst wenige und tausende noch gar keine Erdäpfel bekommen. Ich sage das hier deshalb, damit die Mitglieder des Gemeinderates heute wieder dazu Stellung nehmen können.

Ich spreche hier im Namen der Kleinkinder und Säuglinge, für die wir in den letzten Monaten kaum genügend sorgen konnten und im Namen der Schulkinder. Ich spreche hier im Namen der Jugendlichen, die schon im Vorgefühl der bewilligten Rationserhöhung im letzten Moment die erhöhten Karten zurückgeben mußten. Ich spreche im Namen der Frauen, die wir so lange vertrösteten, im Namen der 30.000 Tuberkulösen, für die wir alle Vorbereitungen getroffen haben, um dem Übel der Tuberkulose durch das einzige Mittel, eine reichlichere und bessere Ernährung, etwas abhelfen zu können. Ich spreche im Namen der alten Leute, deren körperlicher Verfall man auf der Straße beobachten kann und ich spreche letzten Endes im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung, die am Ende ihrer Kraft steht und die den Wirkungen des Winters der Kälte und der Not mehr ausgeliefert ist, als je zuvor Menschen in einer Großstadt. Meine Mitarbeiter haben sich bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte bemüht und meine Arbeit war nur deshalb möglich, weil ich eine große Anzahl von Menschen besitze, die sich vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht unablässig in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Ich sage ihnen und allen Funktionären in der Wirtschaft hier meinen Dank (Beifall.)

Sodann wandte sich Stadtrat Sigmund der Mehl- und Brotversorgung zu. Seit Monaten verspricht man eine Bevorratung unserer Stadt und ich bitte alle, die uns helfen können, daß sie uns herausheben mögen aus dieser Not, und seit Monaten gelingt es nicht. Wir haben noch eine unbedeckte Lücke von 1.400 Tonnen Mehl von denen niemand weiß, woher es kommen soll.

Mehr als 2.000 Tonnen liegen noch ausserhalb unserer Stadt in den Mühlen von Niederösterreich, die deshalb herangezogen werden müssen, weil die Lieferungen der UNRRA nicht ausreichen.

Wir sind die einzige Grosstadt die ich kenne, der es nicht möglich ist, die Verpflegung in den Gasthäusern zu geben. Wir waren zur Zeit der Messe notdürftig imstande, 16 Gaststätten zu mobilisieren. Der Vorschuss, den wir ihnen gegeben haben, ging uns in der allgemeinen Versorgung ab und ich musste gleich nach Schluss der Messe die Restbestände wieder einziehen lassen.

Zu dem Verlangen des Herrn VBgm. Weinberger, die Termine für die Ausstillung der Lebensmittelbehilfen an Kranke zu verkürzen, muss ich leider sagen, dass ich sie nicht verkürzen kann, wenn ich gar keine Lebensmittel dafür habe. Für 36.716 Fälle hatte ich 520.000 Liter Milch, 4400 Kilo Fleisch, 3.650 Kilo Fett, 12.900 Kilo Nahrungsmittel und 205.000 Kilo Brot verausgabt, eine Menge die ich nicht ersetzt bekomme, weil sie im Ernährungsplan nicht enthalten ist und das deshalb, weil die Alliierten die Aufnahme in den Ernährungsplan nicht bewilligt haben (Rufe, hört! Hört!). Ich muss also diese Summe aus den allgemeinen Rationen heraussparen, wie aber soll ich das bei den heutigen Verhältnissen zuwegebringen?

Es wurde von Gemeinderat Steinhardt festgestellt, dass es um Österreich nicht so schlecht stehen müsste, wenn die Ablieferung besser wäre. Ich will keinen Stand generell beschuldigen und ich kenne viele brave Bauern, die ihre Pflicht erfüllen, aber ich will die Fehler so aufzeigen, wie sie sich hier darstellen.

Die Gesamternte an Kartoffeln betrug nach den Mitteilungen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft 2.200.000 Tannen. Wenn man von dieser Summe auch die für Saatgut, für die Selbstversorger und für die Fütterung der Schweine verwendeten Kartoffel abrechnet, wären noch immer genügend Kartoffel vorhanden gewesen, um zumindest 50 kg pro Kopf für die Bevölkerung ausgeben zu können. Es hätte allerdings Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die in Niederösterreich und in den Kartoffelanbaugebieten erzeugten Kartoffel rechtzeitig nach Wien zu bringen.

Bezüglich der Versorgung mit Frischfleisch erwähnte Stadtrat Sigmund, daß im September bereits ein Bestand von rund 1,350.000 Schweinen vorhanden gewesen ist. Diese Schweine haben nach Mittellungen des Viehwirtschaftsverbandes eine Ausbeute von 40.226 Tonnen Fleisch gebracht. Von diesem Fleisch wird Wien im Jahre 1946 zu Weihnachten eine Sonderausgabe von 10 dkg Schweinefleisch pro Kopf bekommen, d. s. <sup>170"</sup> 1.700 Tonnen. Wien hat ungefähr  $\frac{1}{4}$  der Einwohnerschaft Österreichs erhält aber nur  $\frac{1}{25}$  des anfallenden Schweinefleisches aus der Inlandaufbringung.

Ähnlich liegen die Dinge bezüglich der Milchaufbringung. Der Milch- und Fettwirtschaftsverband hat anlässlich der letzten Zählung einen Stand von 1,145.704 Stück Kühen festgestellt. Die Milchleistung dieser Kühe beträgt insgesamt 1,331.835 Tonnen. 1,574.000 Selbstversorger verbraucht 380.000 Tonnen Milch, während 1,700.000 Wiener nur 37.000 Tonnen Milch im Jahre verbrauchen, d. h. ungefähr die gleiche Menge Selbstversorger verbraucht zehnmal so viel Milch als die Wiener Bevölkerung. Außerdem werden für die Ferkelaufzucht 239.000 Tonnen Milch verwendet, während wir in Wien nicht einmal für unsere kleinen Kinder, für die kranken und alten Leute die nötigen Milchmengen zur Verfügung haben.

Stadtrat Sigmund schilderte seine Bemühungen, statt des Konservenfleisches Frischfleisch nach Wien zu bringen. Im Inland fallen 95.427 Tonnen Fleisch für die Versorgung der Bevölkerung an. 1,574.000 Selbstversorger verbrauchen davon 54.000 Tonnen, d. h. 1% der Selbstversorger hat 1.6% Frischfleisch zur Verfügung, während umgekehrt 1% der Nichtselbstversorger nur 0.8% verbrauchen kann.

Der Referent hält den Kampf um die Auflösung der Wirtschaftsverbände für ungerecht. In einer Notzeit, muß die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel von zentralen Stellen aus gelenkt werden.

Es wurde oft verlangt, dem Produzenten doch die Lebensmittel zuzugestehen, die er braucht, um nicht hungern zu müssen. Wenn man aber die Unterschiede zwischen der Möglichkeit des Produzenten in seiner Ernährung und der Möglichkeit des Arbeiters und Angestellten und des frei Schaffenden in der Stadt aufzeigt, so kann kaum die Rede davon sein, daß sich hier eine Gefährdung der Ernährung der Produzenten herausbildet.

Nach Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes fällt bei der Gerste eine Gesamtmenge von rund 102.000 Tonnen an. Nach Abzug der Mengen für Saatgut und 5 % Schwund und der 40 % Ablieferung verbleiben dem Produzenten 26.920 Tonnen. Beim Hafer hat die Gesamternte 169.000 Tonnen ergeben, abzüglich Saatgut, 5 % Schwund und 20 % Ablieferung verbleiben 84.322 Tonnen. Wenn man bedenkt, dass dem bäuerlichen Haushalt ausserdem Obst, Geflügel, Eier und die nicht 100%ig erfassten anderen Lebensmittel zur Verfügung stehen, dann muss ich dem Herrn GR. Steinhardt recht geben und sagen - ohne daß ich mich dabei einer Demagogie schuldig mache - es müßte Wien, es müssten die Länder, die Kranken und die Kinder nicht hungern, wenn wirklich alles erfasst würde, was Österreich aus seinem Boden hervorbringt. (Starker Beifall bei den Sozialisten und Kommunisten.) Die Gemüseanlieferung aus den Gegenden um Gramat-Neusiedl und Tulln betrug im Jahre 1944 in einem Monat 979.000 kg, im Jahre 1946 nur mehr 466.000 kg. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Die Not der Wiener Bevölkerung ist also zum Teil in Verhältnissen begründet, die in den Inneren herrschen und nicht abgestellt werden. (Zustimmung.)

Zur Unterstreichung der Schwierigkeiten, die uns aus der Besetzung erstehen, weist der Berichterstatter an Hand eines Berichtes des Gartenbauwirtschaftsverbandes den Leidensweg zur Erlangung von Transportbescheinigungen für Kartoffeln auf. Als es endlich gelungen war, die Kartoffelaufbringung in einzelnen Gebieten bis auf das Zehnfache zu erhöhen, und die Bauern die Kartoffel zur Bahn brachten, traten <sup>en</sup> die grössten Hemmnisse bei Ausstellung der Transportbescheinigung/durch die betreffende Besatzungsmacht ein. Als Beispiel dieser Schwierigkeiten schildert Stadtrat Sigmund einen Fall der Ausstellung eines solchen Transportscheines, auf die eine volle Woche gewartet werden musste, wofür nicht weniger als 12 Vorsprachen mit stundenlangen Wartezeiten notwendig waren. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe!)

In einer Zeit, wo wir Nächte hindurch gearbeitet haben, erklärte Stadtrat Sigmund, war es uns also erst in mehr als einer Woche möglich, die Transportscheine für die beladenen Kartoffelwaggons zu bekommen. (Erneute lebhafte Zwischenrufe.)

Zahlreiche Lebensmittel werden der rechtmäßigen Verteilung entzogen. UNRRA-Sendungen kommen in Wien beraubt an; in den Originalpackungen befinden sich statt Fleischkonserven Ziegelsteine, Mehlsäcke weisen Schwundmengen bis zu 4 kg auf; Schleich- und Schwarzhandel verwenden Unsummen von Geld zur Erlangung eines Teiles der Lebensmittel, und schließlich versucht noch ein Teil des Gewerbes und der Kaufmannschaft, auf Kosten der Gesamtbevölkerung besser zu leben. Der überwiegende Teil des Gewerbes und Handels arbeitet in loyaler und aufrichtiger Weise, es gibt aber auch einen Teil, der die Allgemeinheit skrupellos bestiehlt. Im Februar waren bei meiner Amtübernahme diesbezüglich 250 Anzeigen zu verzeichnen. Diese Zahl stieg ständig und betrug im Oktober 4,015. Wir müssen einen wesentlichen Teil unserer Kraft zur Erhaltung des Lebensmittelbestandes für die Allgemeinheit aufwenden.

Der Amtsführende Stadtrat schilderte sodann einige krasse Beispiele, wie Lebensmittel der Bevölkerung entzogen werden. So gab es in einem sonst völlig leeren Fleischlager, versteckt alle Arten von Frischfleisch und Gesähtem, dazu alle bisher ausgegebenen Fleisch- und Fischkonserven, ferner Äpfel und Gemüse in einer Zahl, wie sie nur bei Grünwarenhändlern<sup>zu</sup>/finden sind. In einem anderen Laden, konnte eben noch festgestellt werden, wie ein ganzer Lungenbraten in ein Faß mit Gedärmen geworfen wurde, um ihn vor der Kontrolle zu verbergen. Auf diese Weise wird die Wiener Bevölkerung systematisch bestohlen. Die andere Seite, von der die Wiener Bevölkerung systematisch bestohlen wird, heißt: Gemüse und Obst. Der Umstand liegt darin, daß ein wesentlicher Teil der Produzenten nicht zum Marktpreis liefert, sondern lieber zu Überpreisen verkauft. Es wurde der Versuch gemacht, den Organisationsapparat so aufzubauen, daß das Menschenmögliche aus diesen systematischen Beraubungen bewahrt werden kann.

Stadtrat Sigmund kam dann auf die Erhöhung der Rationssätze zu sprechen. 1550 Kalorien müssen, wenn sie versprochen werden, auch gegeben werden können. Seit einigen Wochen ist diese Ausgabe nicht mehr möglich und die angerechnete Menge von Kartoffeln mußte schuldig geblieben werden. Der letzte Rat der Alliierten hat beschlossen, die Versorgung der Werksküchen und Spitäler mit Kartoffeln abzulehnen.

Wir werden die vielen Monate des Winters nicht wissen, wie wir durchkommen sollen. Wir sind also nicht imstande, 1550 K. Lorien auszugeben. Es wird der Versuch gemacht werden, mit Hilfe der Erzeugnisse der Gmünder Fabrik den ausfallenden Teil an Kartoffeln zu ergänzen, doch wenn die UNRRA-Lieferungen und die Aufbringung im Inland nicht anders geregelt werden, dann wird Wien in wenigen Wochen vor einer Hungerkatastrophe stehen. Ein Lichtblick scheint in den Vorbereitungen des amerikanischen Elementes zu liegen. Es laufen bereits amerikanische Lebensmittel in Wien ein; ob sie ausreichen werden, kann man noch nicht sagen. Hoffentlich bleibt es aber nicht allein bei der Hilfe des amerikanischen Elementes, sondern nehmen sich auch die anderen Mächte der Not der Wiener Bevölkerung an.

Stadtrat Sigmund hat dann alle Funktionäre, die nicht mit der Ernährung zu tun haben, Mitteilungen an die Presse zu vermeiden, wenn sie nicht über genaue Informationen verfügen. Die Folge solcher unkontrollierten Presseinformationen sind erweckte Hoffnungen, die so wie die Ankündigungen der Weihnachtzubussen dann nicht annähernd erfüllt werden können.

Da Wien nicht schlechter ist, als irgend ein anderes Bundesland, so muss ihm Gerechtigkeit zuteil werden, denn die Situation könnte eines Tages so umschlagen, dass die anderen einmal froh sein werden, ihre Lebensmittel nach Wien bringen zu dürfen. Was heute für die Wiener schlecht ist, kann morgen für die anderen schlecht sein, das lehren schon die Erfahrungen der verflissenen Jahre.

Noch einige Bemerkungen zu einem Kapitel, das viel Unmut erweckt hat: Die Weinverteilung. Nach Schätzungen der zuständigen Stellen betrug die Gesamtmenge 2 Millionen Hektoliter Wein. Wenn ich hier ein aufrichtiges Wort sagen darf, war ich der Meinung, daß Lebensmittel für die Erhaltung der Bevölkerung unerlässlich sind, und deshalb sollten wir Genussmittel dazu verwenden, um dafür auf dem Kompensationsweg Lebensmittel einzutauschen. Die zuständigen Stellen waren aber anderer Meinung. Die Verteilung war wie folgt geplant: 200.000 Hektoliter sollten als Bodensatz im Fass verbleiben. Als Eigenverbrauch für den Produzenten wurden 630.000 Hektoliter in Abzug gebracht.

Für Exportzwecke wurden 360.000 Hektoliter zurückbehalten und als Spitzenweine ebenfalls 360.000 Hektoliter Wein. Es verblieben also, 310.000 Hektoliter. Nun war aber die Situation so, daß viele Weinbauern infolge der Kriegsverhältnisse einen wesentlichen Teil ihres Fassgeschirres verloren hatten und man musste den Überfall an Most sofort nach Wien und in die Länder schaffen. In dieser Zeit sollen rund 400.000 Hektoliter Most weggeführt worden sein. Es bleiben also 110.000 Hektoliter. Man hat somit den Zeitpunkt versäumt, die zeitgerechte Bewirtschaftung des Weines durchzuführen. So kam es, daß der Weinaufruf für Leopoldi in letzter Minute zustandegebracht wurde und der Aufruf für Weihnachten und Neujahr keine Erfüllung finden wird. Ich selbst habe damit nicht mehr zu tun als die Weinscheine auszugeben und die Abrechnung der vereinnahmten Abschnitte durchzuführen.

Ich habe davon gesprochen, daß von der Inlandaufbringung zu wenig Vorsorge für die Erfassung der Lebensmittel aufgewendet wird. Ich habe in der Umgebung unserer Stadt in einigen kleinen Orten eine Kontrolle bei 15 Landwirten durchführen lassen. Dabei wurde festgestellt, daß 3.150 kg Brotgetreide, 1415 kg Gerste, 375 kg Hafer und 65.150 kg Erdäpfel nicht abgeliefert worden waren.

Am 3. Dezember wurde eine Viehzählung durchgeführt, bei der alle Tiere angegeben werden mussten, um eine Bewirtschaftung zu ermöglichen. Bei einem einzigen Landwirt, Eisenheld in Hagenbrunn, wurden 400 kg Getreide und 8.000 kg Erdäpfel, 5 Schweine und 3 Rinder, nicht abgeliefert bzw. nicht angegeben. In drei Gemeinden waren 9 Schweine, 1 Ochse und 1 Kalbin nicht angegeben worden. Wenn solche Dinge möglich sind, dann muss ich daran zweifeln, daß alle, die über die Lebensmittel verfügen, unserer Notgemeinschaft wirklich ein Opfer bringen.

Es muss endlich Vorsorge getroffen werden, dass die Lebensmittel in unserem Land für die arbeitende Wiener Bevölkerung verwendet werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Spezialdebatte zum Kapitel Ernährung sprach der erste Redner Gemeinderat Dr. Ing. Hengl (ÖVP). Er führt aus: Gegen die Österreichische Bauernschaft wird in der letzten Zeit - bedingt durch die schwierige Ernährungslage - eine konzentrische Hetze geführt, die von der Landwirtschaft mit Entrüstung abgelehnt wird. Als besonders arg, ja unerträglich, bezeichnet der Redner die ständigen Zeitungsartikel über die Weinbewirtschaftung. Der tritt im Detail den auf diesem Gebiet in der Öffentlichkeit gemachten Einwänden entgegen und stellt fest, dass das Landwirtschaftsministerium schon in der ersten Junihälfte alle an der Weinwirtschaft Beteiligten zur Beratung einer Verordnung einladen habe, die jedoch erst am 12. Oktober, als die Leses fast abgeschlossen war, kundgemacht werden konnte.

Der Redner schildert ausführlich alle Massnahmen, die vom Landwirtschaftsministerium sowohl vor der Weinernte, wie auch seither zur Erfassung und Verteilung des Weines und der Weinprodukte getroffen wurden. Zur Unterstützung seiner Feststellungen zitiert der Redner eine Reihe von Presseäusserungen in denen dargestellt wird, dass der Misserfolg in der Erfassung der Weinernte den Weinhandel treffe. Hinsichtlich des Leopoldi-Weines führt der Redner an, dass in Wien etwa die fünffache Menge Wein lagere, die zur Erfüllung dieses Aufrufes notwendig wäre, trotzdem gibt es heute noch viele Leute, die ihre Leopoldi-Weinmarken noch nicht eingelöst haben. Wie recht der Landwirtschaftsminister hat, zeigte sich am vergangenen Samstag in der Weinlenkungs-Kommission, wo der Präsident der sozialistischen Arbeitsbauern, Mentasti, sich offen für den Antrag des Landwirtschaftsministers aussprach, der Wirte mit grossen Weinvorrat gemäss der Weinlenkungsverordnung zwingen will, den Wein entweder raschest gegen Weinmarken oder einem anderen Gastwirt ohne Weinlager abzugeben. Wenn Wein im Wege der Bewirtschaftung erworben wird, dann soll er keine Kapitalanlage sein, sondern dem Konsum zugeführt werden.

Gemeinderat Dr. Ing. Hengl wird im weiteren Verlauf seiner Rede, in der er sich nach wie vor mit der Weinernte beschäftigt, von den sozialistischen und kommunistischen Gemeinderäten durch dauernde Zwischenrufe, in denen der Redner aufgefordert wird, sich mit den Fragen der Ernährung des Volkes und nicht der Genussmittel zu beschäftigen, unterbrochen. Er schliesst seine Rede unter dem Beifall seiner Parteigenossen mit einem Dank an die Bürgermeister

17. Dez. 1946

"Fathaus-Korrespondenz"

Blatt 1828

und Genossenschaftsfunktionäre der Weinbaugemeinden für die Pflicht-  
erfüllung, die sie durch ihre Arbeit im Rahmen der heurigen Wein-  
ernte bewiesen haben.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung.

GR. Lauscher (Kfö) kritisierte die Ausführungen des GR. Ing Hengl und sagte, er sei persönlich zu tiefst beschämt, daß ein Vertreter der Wiener Bevölkerung anlässlich der alarmierenden Tatsachen, die Stadtrat Sigmund aufgezeigt habe, keine anderen Sorgen habe, als die Interessen der Weinproduzenten hier im Gemeinderat zu vertreten. (Beifall bei den Sozialisten und Kommunisten.) Er hoffe, daß die Mehrheit der ÖVP im Gemeinderat, wenn sie es auch nicht offen zeigt, mit ihm der gleichen Meinung sei.

Ein Wiederaufbau ist geistig und physisch unmöglich, wenn wir nicht die Ernährung der Wiener Bevölkerung sicherstellen. Wien ist nicht in der Lage, nur einen Bruchteil dessen aufzubringen, was für die Versorgung einer Millionen-Bevölkerung notwendig wäre. Wien ist abhängig von der Aufbringung in den Bundesländern und von den Zuschüssen durch das Ausland. Den Ausführungen des amtsführenden Stadtrates ist zu entnehmen, daß sowohl die Möglichkeiten einer restlosen Ausnützung unserer einheimischen Landwirtschaft, wie auch die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Hilfe unserer Kompensationsgüter noch nicht voll ausgeschöpft sind.

Die Zweiteilung unserer Volksernährung, nämlich in Lebensmittelaufbringung und Lebensmittelverteilung trägt an der schlechtesten Versorgung die Hauptschuld. Sie ist auch eine der Gründe für das Versagen der Wirtschaftsverbände.

Der Redner erwähnte dann einen Bericht des heutigen "Kleinen Volksblattes", wonach der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Ing. Weisgatterer, eben aus der Schweiz nach Innsbruck zurückgekehrt sei, wo er erfolgversprechende Verhandlungen zur Verbesserung der Ernährungslage Tirols geführt hätte. Wir sind aber der Auffassung, daß es nicht Aufgabe der einzelnen Bundesländer sein kann, selbst Schritte zur Verbesserung ihrer Ernährungslage zu unternehmen, sondern daß dies Angelegenheit des Ernährungsministeriums sein müßte, welches dann auch die Lebensmittel auf alle Bundesländer gerecht zu verteilen hätte. (Rufe: Sehr richtig.)

In seinen weiteren Ausführungen hob GR. Lauscher hervor, daß die Hausfrauen für jedes Kilogramm Kartoffeln 5 Groschen für einen Ausgleichsfonds an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zu zahlen haben. Bei den bis jetzt in Wien verteilten 130.000 Tonnen Kartoffeln ergibt das eine Summe von 6 1/2 Millionen Schilling. Der Herr amtsführende Stadtrat sollte nun mitteilen, inwieweit dieser Fonds dazu herangezogen wurde, um die Lebensmittelpreise

zu verbilligen.

Die Forderung nach 4-wöchiger Bevorratung wurde noch immer nicht verwirklicht. Redner fragt, was der amtsführende Stadtrat durch seine eigene Initiative in seiner Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksernährung zu unternehmen gedenkt, um, wie es im abgelaufenen Jahre der Wiener Bevölkerung zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen?

Wir brauchen heute eine grundlegende Änderung unserer Ernährungspolitik. Unsere Bundeshauptstadt muss sich aktiv einschalten, um zur Sicherung der Volksernährung das Mögliche zu tun. Es stimmt, das Zehntausende von Bauern ihre Ablieferungs<sup>-pflicht</sup> erfüllt haben, aber sie sind ebenso die Geprüllten wie die Arbeiter und Angestellten, da sie für ihre Pflichterfüllung kein Entgegenkommen finden. Sie erhalten keine Zuteilungen aus den Industriewaren, so daß sie zu Kompensationsgeschäften schreiten müssen. Die Planlosigkeit unserer Wirtschaftspolitik wirkt sich katastrophal aus. Ein Fortschritt im Wiederaufbau des Staates wird nur möglich sein, wenn eine Änderung der allgemeinen Politik eintritt. Daher unsere Forderung nach Neuwahlen. In der Verfolgung einer Politik, die getragen ist, von der grössten Verantwortung für die Sicherung des Lebens und der Gesundheit unserer Wiener Bevölkerung und die auf eine grundlegende Änderung der Ernährung abzielt, wird meine Partei dem amtsführenden Stadtrat in jeder Weise mit allen Mitteln unterstützen.

Gemeinderätin Antonie Alt (SPÖ) ist stolz zu Beginn ihrer Rede darauf, daß die Gemeindeverwaltung von sich aus alles Menschenmögliche gemacht hat, um der gegenwärtigen Ernährungslage Herr zu werden. Sie erwähnte die Bemühungen des Gemeinderates Jirava, der einige Male in die Tschechoslowakei fuhr und Kartoffeln und Gemüse nach Wien brachte, sodaß sich die Bevölkerung endlich wieder einmal sattessen konnte. Gut wäre es für Wien, wenn es mehrere solcher Männer hätte, wie es Stadtrat Sigmund ist, dem der Dank aller Wiener Frauen und Kinder gebühre. (Langanhaltender Beifall der SPÖ und KPÖ.)

Tuberkulose und Rachitis haben ihren Einzug gehalten als Folge der Unterernährung. Die Statistiken weisen Zahlen auf, die allen ans Herz greifen müssen. 80.000 Wiener Kinder sind unterernährt. Diese Zahl ist eine furchtbare Anklage gegen die, die

an der Ernährungslage und der Lage unserer Volkswirtschaft die Schuld tragen. Hätten wir keine Auslandshilfe; unsere Kinder wären längst verhungert. Den Auslandsaktionen kann für ihre Unterstützung nicht genug gedankt werden.

GR.Alt erhob dann Protest gegen die Abschnürung von den Bundesländern. Es ist notwendig, in dieser Richtung energische Schritte zu unternehmen. Die Hausfrauen sind enttäuscht über die Versprechung von Zusatzkarten, die sie dann nicht erhalten haben. Wie kann man von der Bevölkerung noch Vertrauen erwarten, wenn man sie zum Besten hält.

In weiterer Folge verlangte auch sie die ehebaldigste Rückführung der Kriegsgefangenen. Sie machte die Mitteilung, daß tausende Frauen aller 3 Parteien seit Wochen in kalten Nähstuben damit beschäftigt sind, aus alten Lumpen Bekleidungsstücke für die Wiener Kinder herzustellen.

Vieles können die Wiener Frauen nicht verstehen, so auch nicht die Tatsache, daß wir in Österreich über eine Anzahl Salzbergwerke verfügen, während auf die Lebensmittelkarte viel zu wenig Salz zu bekommen ist. Mit lebenswichtigen Artikeln sollen keine Kompensationsgeschäfte gemacht werden. Die Rednerin führte auch darüber Klage, daß die Kinder keinen Kaffeezusatz bekommen und die Frauen deshalb den teuren Bohnenkaffee kaufen müssen. Bei aller Anerkennung der Arbeit des Bauern und des Weinbauers, müsse auch gesagt werden, dass es in dieser Zeit der fürchterlichen Not, wichtiger ist, zuerst vom Brot zu reden und dann erst vom Schnapsbrennen und Weinproduzieren.

Die Rednerin richtete an alle verantwortlichen Stellen die Mahnung, ihre Pflicht besser und vor allem schneller zu erfüllen als es bisher der Fall war. Niemand soll sich mitschuldig machen am Sichertum unserer Kinder und damit Totengräber seines eigenen Volkes sein. Man soll nicht warten auf die volle Verzweiflung der Bevölkerung, weil dann vielleicht der Tag kommen könnte, wo die jetzt Verantwortlichen hinweggefegt werden könnten.

Gemeinderätin Alt verlangte dann ein noch energischeres Vorgehen gegen den Schleichhandel. (Lebhafter Beifall.)

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Sigmund fest, daß er sich in seinen Ausführungen weder an seine Parteifreunde noch an die Vertreter der ÖVP oder der KP<sup>Ö</sup> gewendet, sondern nur pflichtgemäß Bericht erstattet habe, in welcher Situation wir uns befinden. Ich habe meine Funktion nie parteipolitisch aufgefaßt, fuhr Stadtrat Sigmund fort, aber noch weniger wollte ich dem Herrn Ernährungsminister Kraus nahetreten und ich betone, daß ich den Namen hier überhaupt nicht genannt habe.

Zu den Ausführungen der Debatteredner sagte der Stadtrat: Die Möglichkeiten Wandel zu schaffen, sind begrenzt, die Entscheidung kann nicht im Wiener Gemeinderat fallen, wohl aber haben in der Regierung alle drei Parteien die Möglichkeit, die Ernährungslage entscheidend zu beeinflussen und deshalb auch meine offenen Worte, obwohl ich weiß, daß sie nicht überall gerne gehört werden.

Es wurde von G.R. Lauscher die Anfrage gestellt, was mit dem Ausgleichsfonds für die Erdäpfel geschieht. Der Fonds ist zweckmäßig bestimmt, wie weit seine Mittel aufgebraucht sind, ist mir momentan nicht bekannt.

Frau G.R. Alt hat irrtümlich die Mitteilung gemacht, daß auch die Zusatzkarten für Arbeiter und Schwerarbeiter zurückgezogen werden sollen. Dies bezieht sich aber nur auf die Umgruppierungen, die von den Alliierten nicht bewilligt wurden.

Der Redner erwidert auf verschiedene in der Debatte aufgeworfene Fragen und schließt mit der Feststellung, daß es ihm fern gelegen sei, schuldige Personen zu suchen, sondern daß er den Gemeinderat über die Ernährungssituation aufklären und bitten wollte, der Wiener Bevölkerung zu helfen über diesen Winter hinwegzukommen. (Lebhafter Beifall).

In der Abstimmung wird das 10. Hauptstück des Voranschlages für das Jahr 1947 angenommen. Daraufhin wird die Sitzung um 12 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung  
=====

Der Gemeinderat nimmt um 14 Uhr unter dem Vorsitz des Bgm. Körner die Budgetberatungen wieder auf. Die Verhandlung der Verwaltungsgruppe VI, Bauwesen, leitet amtsführender Stadtrat Novy ein. Stadtrat Novy führte aus, dass es notwendig und zweckdienlich sei, vorerst einen Rückblick über die geleisteten Arbeiten im Jahre 1946 zu halten, um richtig für das Jahr 1947 weiter planen zu können.

Bei der Gruppe "Tiefbau", sei zu erwähnen, daß nahezu alle Kriegsschäden an den Straßen Wiens repariert sind. Es gab 4.415 Bombenrichter in den Straßen Wiens und diese sind entweder provisorisch oder endgültig behoben, sodass sich der Verkehr normal abwickeln kann. Es wurden bisher 583.000 m<sup>2</sup> Straßen und 21.000 m<sup>2</sup> Gehsteige wiederhergestellt. Auch am Kanalnetz ist die Behebung der Kriegsschäden nahezu vollendet. An Brücken wurden 72 endgültig oder provisorisch wiederhergestellt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Brücken über die Donau oder den Donaukanal, sondern insbesondere um Brücken in solchen Gemeinden, die wohl noch unter der Verwaltung Wiens stehen, aber später wieder zu Niederösterreich gehören werden.

Noch eine andere große Aufgabe war zu bewerkstelligen. Im Laufe des Jahres ist am Wienfluss eine Strassensenkung eingetreten. An dieser Arbeitsstelle wird heute noch gearbeitet. Dieser Schaden hat der Gemeinde eine grosse Kostensumme verursacht; die Gemeinde wird zumindestens 3 Millionen Schilling für die Behebung dieses Schadens sicherstellen müssen.

Die Wiener Wasserwerke hatten 3559 Bombenschäden aufzuweisen. Hier wurde ebenfalls ganze Arbeit geleistet.

Im heurigen Jahre wurde der Rest dieser Schäden, das sind 604 Schäden, behoben.

Stadtrat Novy stellte zusammenfassend fest, daß auf dem Gebiete des Tiefbaus, also Strassenwesen, Kanalisation, Wasserwerke, die Kriegsschäden nahezu vollständig behoben sind, und daß diese Leistungen vor allem den unermüdlichen Arbeitern und Angestellten zu verdanken seien.

Bezüglich der öffentlichen Beleuchtung erinnerte der Referent daran, daß Wien vor Ausbruch des Krieges eine Straßenbeleuchtung im Ausmass von 950 km hatte. Diese Straßenbeleuchtung war am Ende des Krieges zerstört. Heute haben wir bereits wieder 550 km in Betrieb. Wenn wir genügend Strom zur Verfügung hätten, könnten schon 600 km Straßenbeleuchtung in Betrieb genommen werden. Es wurden von Gemeinderäten der ÖVP in der gestrigen Sitzung Anträge eingebracht, daß die Beleuchtung in den Aussenbezirken rascher instandgesetzt werden solle. Wir waren bis jetzt nur imstande, geringe und mittlere Schäden am Beleuchtungsnetz wieder zu reparieren. In den Aussenbezirken sind aber grössere Schäden zu beheben, zu deren Beseitigung es uns vor allem an Kupferdraht und Armaturen mangelt.

Stadtrat Novy hat dem E-Werk gegenüber den Wunsch ausgesprochen, die Strassenbeleuchtung, die momentan in Betrieb ist, um 1/4 Stunde später einzuschalten und früh 1/4 Stunde früher abzuschalten, dafür aber die restlichen bereits hergestellten 50 km mitzubeleuchten. Diese 50 km sind in den Aussenbezirken und ihre Beleuchtung würde sicherlich eine grosse Erleichterung für die Bevölkerung sein.

In Privathäusern haben wir im Jahre 1946 3.729 Wohnungen wieder benützbar gemacht, weitere 14.351 äusserst schwer gefährdete Wohnungen wurden bewohnbar gemacht. In Gemeindebauten wurden 1.800 Wohnungen, die überhaupt unbenützbar oder schwer gefährdet waren, wieder instandgesetzt.

Im Interesse des Wiederaufbaues unserer Industrie konnten wir 346.006 m<sup>2</sup> Produktionsfläche im vergangenen Jahre wieder herstellen, 204 Schulen reparieren und dem Betrieb übergeben, 74 Mutterberatungsstellen, 14 Gesundheitsämter, eine Reihe von Büchereien, 53 Amtsgebäude und eine Anzahl anderer Gebäude gebrauchsfähig machen. An Fensterglas wurden im Jahre 1946 den Haushalten 701.794 m<sup>2</sup>, der Industrie 119.790 m<sup>2</sup> Glas zur Verfügung gestellt.

Bis Ende des heurigen Jahres wurden 550.000 m<sup>3</sup> Schutt aus den Strassen Wiens geschafft. Wir wären mit der Beseitigung des Schuttes schon längst fertig, wenn wir die nötigen Transportmittel und allem den nötigen Treibstoff gehabt hätten. Heute sind bereits zwei Drittel des auf öffentlichen Plätzen, Strassen und Gehsteigen gelegenen Schuttes aus Wien entfernt. Wenn wir in dem gleichen

Tempo wie in den letzten Wochen fortfahren können, werden unsere Strassen in ca. 5 bis 6 Monaten schutfrei sein. Insgesamt waren in den Strassen ca. 800.000 bis 850.000 m<sup>3</sup> Schutt gelegen. Die nächste Arbeit wird die Sprengung der Hausruinen sein. Der Schutt dieser Ruinen läßt sich auf rund 2 Millionen Kubikmeter schätzen.

Wir hätten im Bauwesen weit mehr leisten können, wenn man uns mehr Baumaterial zur Verfügung gestellt hätte. Je weiter man nach dem Westen oder nach dem Süden kommt, umso mehr kann man feststellen, wie ~~man~~ dort Wien im Wiederaufbau voraus ist. Daraus erkennt man auch, daß Wien weit weniger an Baumaterialien als die anderen Länder erhält.

Stadtrat Novy kam dann auf die Baustoffzuteilung/durch das Handelsministerium zu sprechen. Der Schlüssel für die Zuteilung würde auf Grund der Schadensmeldungen der einzelnen Bundesländer, die für das Land Wien 60% ergibt, errechnet. Die Baustoffzuweisung für Wien wurde aber nicht mit 60% sondern nur mit 27.7% berechnet. Damals setzte die Benachteiligung Wiens ein, deren Folge es ist, daß Wien nicht so aufbauen kann wie die Bundesländer. Aber selbst die zugesagten 27.7% wurden nicht bei einem einzigen Baumaterial erfüllt. Den höchsten Satz erfüllt Glas mit 25%, dann folgt Holz mit 18%, Dachpappe mit 16%, die so notwendigen Dachziegel mit Zement 3.7% und Eternitplatten, die eben so wichtig waren wie Dachziegel, gar nur 2.15%. Die Gemeindeverwaltung ist dagegen beim Bundesministerium in energischer Form vorstellig geworden, das ganze Jahr über wurde um eine größere Zuteilung gekämpft, und auch manches erreicht, denn ohne den andauernden Berührungen wäre die Zuteilung ja noch kleiner gewesen. Auch im Parlament hat die Sozialistische Partei auf die Benachteiligung Wiens hingewiesen, ebenso überall in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen. Bundesminister Heidl hat zugesagt, daß die Aufteilung für 1947 auf 20.5% erhöht werden soll. (Rufe: unerhört!). Zu solchen Ergebnissen kann es aber auch nur kommen, weil es in seinem Ministerium Leute gibt, die es scheinbar auf die Benachteiligung Wiens abgesehen haben.

Bei einer Konferenz in Ischl sollten neue Prozentsätze festgesetzt werden. Man müßte annehmen, daß in einem solchen Falle das zuständige Ministerium entscheidet.

Es ist zu einer Aussprache gekommen, als deren Ergebnis eine Neuberechnung des Gesamtschadens angestellt wurde. Auf Wien entfiel dabei interessanter Weise nur mehr eine Schadenssumme von 46 %. Es wäre dagegen nichts eingewendet worden, wenn der Bauentscheidungs-schlüssel nach den gleichen Prozentsätzen festgelegt worden wäre. Der dort anwesende Sektionschef Kloss hat sich aber die Sache sehr leicht gemacht und die Anträge der Bundesländer zur Abstimmung gebracht, wobei auf jedes Bundesland eine Stimme entfiel, das heisst, dass Z.B.: Vorarlberg das gleiche Stimmrecht hatte wie Wien. In dieser Art wurde die Abstimmung über den Baumaterialzuweisungsschlüssel vorgenommen. (Zwischenruf: Ist Herr Kloss noch im Dienst?) Bei dieser Methodik könnte man sich ein Ministerium überhaupt ersparen. Der von der Ischler Konferenz unter solchen Umständen zugewiesene Materialsatz ist natürlich für Wien nicht hinreichend und stellt eine schwere Benachteiligung der Bundeshauptstadt dar. Es gibt ausser den Kontingenträgern, in Gestalt der Bundesländer auch Sonderkontingenträger, wie die Bundesbahn, die Post und die drei Kultusgemeinden, die in jedem Bundesland separat die Zuweisungen vom Ministerium erhalten. Auf der Ischler Konferenz wurde die Zahl der Sonderkontingenträger noch erhöht. Wir haben bei unzähligen Versprechungen immer wieder verlangt, dass jedes Bundesland nur ein Kontingenträger sein soll und dass auf Grund der Dringlichkeit der Bauvorhaben über die Zuweisung der Baustoffe entschieden wird. Ich habe ein diesbezügliches Gesetz ausarbeiten lassen und werde es demnächst dem Wiederaufbauminister vorlegen. Sollte ich wieder kein Verständnis finden, so werde ich diesen Entwurf mit meinen Parteigenossen im Parlament zur Weiterleitung übergeben.

Ich möchte hier noch auf eine Äusserung, die in der Generaldebatte gefallen ist, hinweisen. Man hat von Solidarismus gesprochen und ohne jemanden festnageln zu wollen, möchte ich bemerken, wenn dieses Wort in die Tat umgesetzt wird, dann mögen uns die ÖVP ernstlich helfen; und das kann sie auch, durch die Mehrheit die sie im Parlament hat. Mit der Benachteiligung Wiens auf dem Gebiet der Baumaterialzuweisung muss endlich Schluss gemacht werden.

Auf dem Gebiet des Tiefbaus sind erst allseitig abgeklärt worden. Beim Wohnbau ist der grösste Teil unserer Kriegsschäden beseitigt, und wir können im nächsten Jahr mit den Teilschäden beginnen, wenn wir mehr Baumaterial bekommen und planen können,

in welcher Form und zu welchem Zweck die freigegebenen Baumaterialien verwendet werden sollen.

Wir haben Kontingentscheine für Dachziegel erhalten, aber diese konnten nicht mehr eingelöst werden, weil das Ministerium mehr Scheine ausgegeben hat als Ziegel vorhanden waren. Im Dezember werden <sup>wird</sup> deshalb keine Dachziegel bekommen. Ich sage das nur deshalb, damit endlich mehr Planung in diesem Ministerium eintritt. Es muß gleichzeitig mit der Zuweisung auch bekanntgegeben werden, wo wir dieses Baumaterial bekommen können. Unter diesen Voraussetzungen werden wir im nächsten Jahr in der Lage sein, mehr zu leisten als im vergangenen.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir auch im nächsten Jahre alles daran setzen werden, die Kriegsschäden so rasch wie möglich zu beheben, damit wir in Wien, so wie vor 1934, wieder sozialen Wohnhausbau betreiben können. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen hat F.R. Dr. Robitschek (ÖVP) den Vorsitz übernommen. In der Debatte sprach als erster G.H. Kammermayer (ÖVP):

Das Bauen ist heute mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Schuld daran trägt aber nicht nur allein das Ministerium, sondern auch der Umstand, daß wir uns noch nicht frei entfalten können.

Daß für Siedlungsbauten 15 Millionen Schilling ausgeworfen worden sind, ist sicher sehr zu begrüßen, doch wären in erster Linie die beschädigten Häuser und Amtsgebäude wiederherzustellen. Nur auf diese Weise würde die wohnungssuchende Bevölkerung endlich wieder ein Dach über dem Kopf bekommen.

G.H. Kammermayer betonte, daß die ÖVP Stadtrat Navy in seinen Festrebungen für den Wiederaufbau nach besten Kräften unterstützen werde.

Der Redner stellte dann einen Antrag, die Wiederherstellung des Amtsgebäudes in Floridsdorf zu beschleunigen. Bis jetzt war man gezwungen, das Amtsgebäude an acht verschiedenen Stellen des Bezirkes provisorisch unterzubringen.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung sollte getrachtet werden, in den Außenbezirken wenigstens die Durchzugsstraßen zu beleuchten, damit die dort häufig vorkommenden Überfälle vermieden werden.

Der Planung sollte erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Man muß natürlich die sich an Wettbewerben beteiligenden Architekten weit besser dotieren. Es geht nicht, daß diese mehr Spesen haben, als sie ersetzt bekommen.

Die Wohnungsfrage sollte nun endlich einer Lösung zugeführt werden. Sie würde beschleunigt werden, wenn wir endlich frei sein würden, denn dadurch würde ein Großteil von Wohnungen wieder frei werden.

Wir dürfen aber in unseren Bemühungen nie erlahmen, damit Wien wieder aufgebaut und schön wird. Diesem Ziele sollte aber nicht nur eine Partei sondern alle drei Parteien gemeinsam dienen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Maller (KPD):/Wien ist leider bis heute sehr wenig zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Behebung der Wohnraumnot geleistet worden.

Von den Folgen werden in diesem Winter wieder tausende von Frauen und Müttern mit ihren Kindern betroffen. Die Benachteiligung Wiens in der Baustoffzuteilung ist bekannt, die Folgen hat die Wiener Bevölkerung zu tragen. Redner bemängelt, daß bei Aufstellung des Verteilungsplanes die Wiener Häuser und die Häuser in der Provinz mit demselben Bedarf an Wiederaufbaumaterial eingesetzt wurden, obwohl ein Haus in Wien bedeutend mehr Material benötigt. Gegen diese Benachteiligung muss Wien den Kampf führen. Die Beschlüsse der Ischler Konferenz sollten revidiert werden. Wenn alle 3 Parteien gemeinsam die Forderungen Wiens mit allem Nachdruck vertreten, müßten sie innerhalb der Regierung durchgesetzt werden können.

GR. Maller richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Anfrage, welche Massnahmen getroffen wurden, um die Baustoffproduktion auf dem Wiener Gebiet zu erhöhen, und ob die Gemeinde Wien bereits in Verhandlungen eingetreten sei, um im Falle einer solchen Erhöhung diese Produktion ausschliesslich für den Wiederaufbau Wiens sicherzustellen.

Der Leidtragende der Tatsache, daß die Kommunalisierung der Baustoffproduktion nicht durchgeführt wurde, ist wieder die Wiener Bevölkerung, und insbesondere jener Teil der sehnstüchtig die endliche Zuweisung einer Wohnung erwartet. Meine Fraktion ist der Meinung, daß die Frage des Wiederaufbaues keine Frage eines Lippenbekenntnisses sein darf, sondern eine solche der tatsächlichen Zusammenarbeit aller 3 Parteien sein muss. Neben dem Bau von Wohnungen muss die Reparatur bombenbeschädigter Wohnungen in verstärktem Masse erfolgen. Neuerliche Erhebungen über jene Wohnungen werden anzustellen sein, die mit verhältnismässig wenig Materialaufwand und in verhältnismässig kurzer Zeit wieder hergestellt werden können.

GR. Koci (S.Ö.) kam auf den Baustoffmangel zu sprechen und erklärte, daß es ihm unbegreiflich wäre, daß man verlangt, 2.000 Wohnungen zusätzlich zu bauen, wenn mit dem zugewiesenen Baumaterial nicht einmal die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden können. Er wandte sich auch dagegen, daß Dachschäden an Kultusbauten vordringlicher durchgeführt werden als solche an Wohnhäusern. Die Arbeiter fänden es unbegreiflich, daß die Kirchen schon eingedeckt sind und die Wohnungen noch immer nicht.

Er schlug vor, die Produktion in ganz Österreich zu kontrollieren, weil man doch gar nicht wisse, was wirklich erzeugt wird.



Die Gemeindevertreter sind ständig bemüht, wenn irgendwelche Schwierigkeiten auftreten und die Gefahr einer Stilllegung besteht, so rasch als möglich die notwendigen Materialzuweisungen vom Wiederaufbauministerium zu erreichen. Es geschieht also von uns aus auch alles, um einer Steigerung der Baustoffherzeugung auf Wiener Gebiet zu erzielen, aber wir können über diese Mehrproduktion nicht selbst verfügen, weil dem die Baustoffbewirtschaftung entgegenstehe. Dazu kommt, dass sich nur ein geringer Teil der Baustoffindustrie in Wien befindet.

Dass nur 1800 Gemeindewohnungen wieder hergestellt worden seien, resultiert daraus, dass das Verhältnis zwischen Privat- und Gemeindewohnungen 1 zu 9 sei und das Verhältnis der Kriegsschäden ungefähr ebenso. Nach diesem Verhältnis werde auch das Baumaterial verteilt. Stadtrat Novy stimmt dem G.R. Koci zu, der es als wünschenswert erklärte, dass man die Hausbesitzer dazu zwingen könnte, ihre Häuser wieder instandzusetzen, widrigenfalls sie enteignet werden würden.

Der Redner stellt fest, dass alle drei Parteien einer Meinung sind, dass endlich mit der Benachteiligung in der Baustofflieferung Schluss gemacht werden müsse. Die weitere Zusammenarbeit werde ergeben, wer diese Einstellung nur als Wort gebraucht oder auch in der Tat bewiesen hat. Uns ist jede Unterstützung recht, weil sie doch im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung liegt. Allerdings berührt hier eine Stellungnahme des "Kleinen Volksblattes" zum Mieterschutzgesetz etwas eigenartig, denn ohne Mieterschutz kann es keinen sozialen Wohnhausbau geben. Und ich werfe hier die Frage auf, ob wir ohne Mieterschutz zu einer rot-weißen roten Wien kommen können.

Zu dem Antrag des G.R. Kammermayer auf Wiederherstellung des Gebäudes des magistratischen Bezirksamtes in Floridsdorf teilte der Stadtrat mit, dass diese nur wegen des Materialmangels noch nicht durchgeführt werden konnte, dem Bezirksamt jedoch ein anderes Gebäude zur Verfügung gestellt worden sei. Er bitte den Antrag der geschäftsmässigen <sup>Ordnungs-</sup>Behandlung zu überweisen.

Zu dem Antrag bezüglich der Strassenbeleuchtung in den äusseren Bezirken stellte der Redner fest, dass bereits mehr Anlagen der öffentlichen Beleuchtung wiederhergestellt seien, als das B-Werk in Betrieb nehmen könne. Er bat, auch diesen Antrag der geschäftsmässigen Behandlung zu überweisen. (Beifall bei den Parteigenossen). In der Abstimmung wird das sechste Hauptstück des Voranschlages für das Jahr 1947 angenommen und die beiden Beschlussanträge der Verwaltungsgruppe VI zur weiteren Behandlung übergeben.

Den Vorsitz hat GR. Amalie Resnick (SPÖ) übernommen.

Der Gemeinderat ging sodann in die Verhandlung des Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII - Technische Angelegenheiten und Baupolizei - ein. Amtsführender Stadtrat Rohrhofer (ÖVP) leitete die Verhandlungen ein. Er führte u.a. aus: Es wurde alles daran gesetzt, die städtischen Gartenanlagen, die Grünflächen und die Baumpflanzungen von den Kriegsschäden zu befreien. Außerdem hat das städtische Gartenamt 120.000 Alleebäume in Wien zu betreuen. Die Pflanzungen und Gehölze hierfür werden im städtischen Reservegarten im II. Bezirk, in der städtischen Gärtnerei Hohe Warte, in weiteren 7 kleineren Gärtnereien und in der städtischen Baumschule in Albern herangezogen. Von den städtischen Gärtnereien wurden ausserdem an Ernteländler 42 Millionen Gemüsepflänzchen ausgegeben. Im Jahre 1947 sollen ca. 140 bis 150 grössere und kleinere Parkanlagen wiederhergestellt werden.

Der Personalstand bei den städtischen Friedhöfen beträgt derzeit ca. 386 Personen und 368 Saisonarbeiter. Das Krematorium hat am 20. April 1946 seinen Betrieb wieder aufgenommen und es finden derzeit täglich 12 bis 15 Einäscherungen statt. Auf den städtischen Friedhöfen wurden insgesamt 31.369 Personen beerdigt und 1.973 Exumierungen vorgenommen. Für die Gräberausschmückung stehen der Gemeinde Wien eigene Gärtnereien zur Verfügung, so am Zentralfriedhof, am Meidlinger-, Hietzinger-, Ottakringer-, Hernals- und Grinzinger-Friedhof. Die städtische Steinmetzwerkstätte am Zentralfriedhof wird im Jahre 1947 in der Lage sein, ungefähr 500 Grabsteine abzuverkaufen.

An städtischen Bädern stehen der Bevölkerung derzeit 43 zur Verfügung. Im Jahre 1946 ist es gelungen 3 Warmbäder, 3 Sommerbäder und 4 Kinderfreibäder wieder in Betrieb zu nehmen. Leider mussten infolge der Stromabschaltungen einige Bäder wieder gesperrt werden. Es ist geplant, im Jahre 1947 das Floridsdorfer Bad wieder zu eröffnen, ferner soll das Volksbad im 5. Bezirk und ein Teil des Amalienbades wieder in Betrieb genommen werden. Der Vollbetrieb des Amalienbades wird voraussichtlich erst Ende 1948 oder zu Beginn des Jahres 1949 wieder aufgenommen werden.

Ausserdem werden im Jahre 1947 zwei Sommerbäder, u. zw. auf der Hohen Warte und an der Schwedenbrücke, der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Weiters sollen 5 Kinderfreibäder eröffnet und die Wiederherstellungsarbeiten für den Neubau des Gänsehäufels aufgenommen werden. Es wurde zu diesem Zweck ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich 8 Architekten beteiligten. Ausserdem ist der Neubau des Theresientades und von Wannen- und Brausebädern in Liesing geplant. Die Ausführung dieser Projekte hängt allerdings in erster Linie von der Baustoffbeschaffung ab.

Die Aufgaben der Transportlenkung waren ausserordentlich umfangreich. Im abgelaufenen Jahr wurden 2,719.155 Tonnen lebenswichtige Güter transportiert. Um diese Aufgabe leisten zu können, mussten 511,857 Kraftfahrzeuge eingesetzt werden. 99.114 Pferdefuhrwerke bewältigten eine Tonnage von 236.657 t. Die geringe Treibstoffzuteilung bedingte die Einteilung sämtlicher Kraftfahrzeuge in Dringlichkeitsstufen, und 10.000 Kraftfahrzeuge konnten monatelang überhaupt nicht mit Treibstoff versorgt werden.

Zu der Mineralöl- sowie der Benzinversorgung führte der Berichterstatter aus: Die Rohölförderung beträgt in Zistersdorf pro Monat rund 70.000 t. Vorausgesetzt dass die Gesamtrohölförderung den Österreichischen Raffinerien zugewiesen wird, könnten schätzungsweise erzeugt werden: 4.900 t Benzin, 6.000 t Petroleum, 32.000 t Heizöl, 14.000 t Gasöl und 4000 t Schmieröl. Von der russischen Besatzungsmacht wurden im Dezember für ganz Österreich freigegeben: 4000 T Benzin, 4200 t Petroleum, 25.000 t Heizöl, 7000 t Gasöl und 2250 t Schmieröle. Eine besonders große Differenz besteht zwischen den freigegebenen Mengen an Gas- und Heizöl. Von dieser Zuteilung bekommt Wien rund 26 %.

Der Treibstoffbedarf Wiens beträgt bei Anlegung des strengsten Maßstabes monatlich 1,800.000 Liter in den letzten Monaten wurden ungefähr 800.000 bis 1,000.000 Liter zugewiesen. Die Methangesellschaft stellt gegenwärtig 20.000 m<sup>3</sup> Erdgas pro Tag bei, der Bedarf wäre aber mindestens das Doppelte. Gegenwärtig werden Verhandlungen mit der Methangesellschaft auf eine erhöhte Zuteilung geführt.

Der fast zur Gänze zerstörte Wagenpark des städtischen Fuhrwerksbetriebes konnte durch Zuweisung von Fahrzeugen der Alliierten und durch Reparaturen bisher auf den Stand von 1000 Fahrzeugen gebracht werden. Gegenwärtig stehen 57 Fahrzeuge für die Müllabfuhr, 19 für die Straßenpflege, 95 für die zugewiesenen Lebensmittel und Brennstoffe und 184 für diverse andere Betriebsstellen, außerdem rund 50 Personenkraftwagen im Betrieb.

Zu Beginn des Jahres 1946 lagerten noch rund 60.000 m<sup>3</sup> alten Mülls in den Wiener Straßen. Er ist bis auf ganz geringe Mengen abtransportiert. Der anfallende Frischmüll wird, allerdings nur mit Behelfsfahrzeugen, restlos abgeführt. Er beträgt mit täglich rund 1700 m<sup>3</sup> um ca. 10% mehr als in den letzten Friedensjahren. Besonders schwierig ist der Ersatz bei beschädigten oder gänzlich zu Grunde gegangenen rund 30.000 Müllgefäße.

Die Straßenpflege steht noch immer vor sehr schwierigen Verhältnissen. Ein großer Teil der Straßenreinigungsmaschinen, die zur Verfügung standen, ist durch die Kriegsergebnisse verloren gegangen. Eine Straßenbespritzung konnte mit den zwei vorhandenen Fahrzeugen nur im I. Bezirk durchgeführt werden.

Zur Staubbekämpfung auf Makadamstraßen wurde auch heuer wieder mit Straßenölungen begonnen, ungefähr 96.500 Quadratmeter Fahrbahnfläche konnten staubfrei gemacht werden.

Auch der städtische Fuhrwerksbetrieb hat großen Schaden dadurch erlitten, daß die Großgaragen im 5. und 20. Bezirk schwer beschädigt wurden, ebenso die Betriebsobjekte der Straßenreinigung in fast allen Bezirken.

Für das Jahr 1947 sind verschiedene Vorhaben geplant und bereits eingeleitet. Dazu gehört die Anschaffung von 15 Großräummüllwagen mit einem Kostenaufwand von 2,250.000 Schilling; weiter die Beschaffung von 20.000 Müllgefäßen mit einem Anschaffungsbetrag von 730.000 Schilling. Für die Straßenpflege werden 5 Schneepflugtrieb-wagengebaut und 1 Kehrmaschinenzug soll wieder betriebsfähig gemacht werden. Weiter sind zwei 10-Tonnenzüge für den Treibstoff- und Heizöltransport geplant. Auch die Straßenölung soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weiter forciert werden.

Stadtrat Rchrhofer kam dann auf die städtischen Forste zu sprechen, die im Quellgebiet der Hochquellenwasserleitung 24.700 Hektar und im Großraum Wien 10.200 Hektar Gesamtfläche umfassen.

Durch die im Jahre 1947 bevorstehenden Ausgemeindungen werden sich die Gemeindewälder um rund 3.300 Hektar verringern.

Die Haupterträge der Staatsforste ergeben sich in der Hauptsache aus dem Verkauf von Nutz- und Brennholz sowie aus der Verwertung von Nebennutzungen. Im Grossraum Wien liegende städtische Wälder haben in erster Linie Wohlfahrtszwecken zu dienen und können aus diesem Grunde nicht als Ertragswälder genutzt werden. Jagd und Fischerei leiden sehr unter der Besetzung. Durch ununterbrochene Abschüsse, auch in der Schonzeit, ist der Wildbestand fast gänzlich vernichtet. Von der Landwirtschaft im Lainzer Tiergarten wäre zu sagen, daß hier durch die andauernde Trockenheit sowie durch den zeitweisen Auftrieb von Vieh in die reife Frucht stark herabgeminderte Erträge zu verzeichnen sind. Seit Eröffnung des Tiergartens am 7. April 1946 konnten durch den Verkauf von Eintrittskarten ca. 41.700 Schillinge eingenommen werden.

Am Schlusse seiner Ausführungen dankte Stadtrat Rohrhofer der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft der ihm unterstellten Abteilungen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte zu diesem Kapitel kam GR. Dr. Soswinski (SP) auf die Tatsache zu sprechen, dass in Wien noch immer viele Bauten durchgeführt werden, die nicht Wohnzwecken dienen. Er verwies dabei insbesondere auf Kino- und Geschäftsbauten, für die unerklärlicher Weise Baumaterial vorhanden ist. Er begrüßte die Massnahme, dass bei jeder Bauausführung die Baubewilligung angeschlagen sein muss, meinte aber, dass dieser Entschluss sehr spät gefasst wurde und die Überprüfungsmaßnahmen nicht streng genug durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Dr. Soswinski auf die Benzinanteile zu sprechen und erklärte, dass von der russischen Besatzungsmacht im Dezember nicht 4.000 Tonnen Benzin, sondern 4624 Tonnen für ganz Österreich freigegeben wurden. Daneben wurde an eine grosse Anzahl von Betrieben, wie z.B. an die St.-Pöltner Glanzstoffwerke grosse Treibstoffkontingente freigegeben, sodass man zusammen auf ein Quantum von 44000 Tonnen Treibstoff komme.

In die Presse sind auch Nachrichten gekommen, die besagten, daß die Preise für Erdölprodukte angeblich gestiegen sind. Dazu ist zu sagen, daß im Jahre 1937 100 kg 13 S kosteten, am 1. Mai 1945 der Preis 11 RM betrug und im Dezember 1946 daher 11 S berechnet werden. Es ist der einzige Artikel in Österreich, der heute billiger ist als im Jahre 1937.

G.R. Schandara (ÖVP) kam zuerst auf die Friedhöfe zu sprechen. Eine große Anzahl von Gräbern ist noch immer bombenbeschädigt. Zur Abschaffung dieses Übelstandes werden nun die Eigentümer der Gräber aufgefordert, diese in einem kurzen Zeitraum instand zu setzen, widrigenfalls der Platz enteignet wird. Es wäre hier angebracht, die eingeschlagene Praxis zu ändern und entweder die Instandsetzungsfrist zu verlängern oder überhaupt die Schäden von der Friedhofsverwaltung selbst provisorisch beheben zu lassen. Jedenfalls sei diese Vorgangsweise zu radikal.

Auch die Kehrriechtabfuhr ist nicht hinreichend. Schließlich bezahlt die Bevölkerung dafür und so kann man auch verlangen, daß die Abfuhr klaglos funktioniert. Ebenso ist es nach nunmehr fast 2 Jahren nach Kriegsende unverständlich, daß Parkanlagen und Kinderfreibäder, die einzige Erholung einer schwer arbeitenden Bevölkerung, noch immer nicht zugänglich sind, weil sich dort der Schutt zu Bergen türmt.

Dank der Hilfe der Alliierten ist es zwar gelungen, endlich eine größere Zahl von Fahrzeugen bereit zu stellen, trotzdem ist dies alles viel zu wenig. An erster Stelle stehen hier selbstverständlich die Ernährungstransporte, die zur Versorgung Wiens zum Großteil mit Lastwagen durchgeführt werden müssen. Wir wissen alle daß wir, trotzdem Österreich große Erdölquellen besitzt, Mangel an Benzin haben. Eine höhere Macht weist uns eine Menge Benzin zu, die nicht ausreicht, um auch nur einen kleinen Teil unserer Bedürfnisse zu decken. Wir müssen daher die Erdgasversorgung ausbauen.

Der Redner kritisiert die Zustände bei den Erdgastankstellen und kündigt einen Antrag an, der einen Weg zur Bereinigung dieses Mangels weist.

GR. Dinstl (SPÖ) betonte, dass man beim Wiederaufbau darauf Bedacht nehmen soll, daß jene Häuser, die nicht in der Baulinie stehen, nicht mehr aufgebaut werden. Auf diese Weise würden so manche Verkehrshindernisse beseitigt werden.

Was sollte weiter getrachtet werden, in den Parkanlagen wieder Bänke aufzustellen, denn nur so würden die Parks der Erholung dienen.

Der Redner führte weiter aus, daß sich unter dem Forstpersonal noch viele Nationalsozialisten befänden. Diese müssten nun endlich entfernt werden; sie dürfen infolge ihrer Parteizugehörigkeit keine Waffen tragen.

Zum Schluss forderte GR. Dinstl, dass zu den Beratungen bei Vergabe von Gründen in den Bezirken auch die Bezirksvorsteher herangezogen werden. (Beifall.)

In seinem Schlusswort erwiderte Stadtrat Rohrhofer auf die Anfragen und Anregungen der Debattenredner.

Die Schuttabfuhr in den Privathäusern sei Angelegenheit der Schuttabtransportgesellschaft. Sollte diese für ihre Arbeiten zu hohe Preise verlangen, so müssten Mittel und Wege gefunden werden, diesen Übelstand abzustellen.

Zur Beschwerde über die Kehrrichtabfuhr im II. Bezirk erklärte Stadtrat Rohrhofer, dass solchen Beschwerden sofort Rechnung getragen werde, daß aber bisher noch keine eingelangt seien.

Auf die Verteilung von Erdgas habe die Gemeinde Wien keinen Einfluss, die Verwaltung der Pumpstationen obliegt der Methan-gesellschaft. Die mangelnde Abräumung der Hausruinen habe darin ihren Grund, daß in Wien nur eine Firma zur Sprengung von Ruinen zur Verfügung steht. Daß es heuer noch nicht möglich war, die genügende Anzahl an Parkbänken herzustellen, erklärt sich aus dem Mangel an Arbeitskräften.

Wir bemühen uns, zur Strassenreinigung wieder einen Karmaschinenzug in Dienst zu stellen. Vom Forstpersonal wurden 31 Personen entlassen. Die Säuberung des Personals von Mitgliedern der NSDAP kann aber nur schrittweise erfolgen.

Das 7. Hauptstück wird sodann mit den Ansätzen des ordentlichen und des ausserordentlichen Voranschlages angenommen.

Nun übernimmt G.R. Thaller (SPÖ) den Vorsitz.

Den Voranschlag der Verwaltungsgruppe VIII, Siedlungs- und Kleingartenwesen, begründet amtsführender Stadtrat Albrecht.

Bei Besprechung der Verwaltung der städtischen Wohnhäuser stellt er fest, daß es der Wohnbautätigkeit der roten Gemeindeverwaltung zu verdanken sei, daß die Gemeinde heute der größte Hausbesitzer in Wien ist. Die Wohnhäuserverwaltung hat rund 30.000 Mietobjekte zu betreuen. Im Vorjahr wurden 3027 Kündigungen eingebracht - es handelt sich fast durchwegs um Nationalsozialisten - von denen 1324 stattgegeben wurden. In diesem Jahre wurden weitere 454 Kündigungen eingebracht und 139 davon stattgegeben. Im Jahre 1946 wurden 1861 Wohnungstausche durchgeführt, die vor allem minderbelastete Nationalsozialisten in den Gemeindehäusern betroffen haben. Wir haben ein Referat ein-gerichtet, das die unterbelegten Wohnungen erfassen soll und bereits 712 solcher Wohnungen festgestellt und Einweisungen in sie vorgenommen. Unsere Häuser werden derzeit von 44 Hausinspektoren verwaltet, von denen jeder rund 2000 Mietobjekte zu betreuen hat.

Stadtrat Albrecht richtet einen Appell an die Mieter in den Gemeindehäusern, von der Haltung von Kleintieren in ihren Wohnungen aus hygienischen Gründen Abstand zu nehmen, so verständlich diese auch im Hinblick auf die Ernährungsschwierigkeiten sei. Ferner appellierte er an die Mieter, den Wasserverbrauch vor allem durch rechtzeitige Anmeldung von Gebrechen an der Leitung zu drosseln.

Bei der Besprechung der allgemeinen Wohnraumlage machte Stadtrat Albrecht die Mitteilung, daß es derzeit 398.800 Kleinwohnungen, 132.900 Mittelwohnungen und 22.160 Großwohnungen, also zusammen rund 554.000 Wohnungen gibt, gegen 635.800 im Jahre 1938. Nichts ist unangenehmer als die Bewirtschaftung des Wohnraumes in einer Zeit, wo keine Möglichkeit besteht, den Bedürfnissen der Bevölkerung auch nur halbwegs entgegenzukommen.

Der Redner gab hierauf einen kurzen Überblick über die Leistungen des Wohnungsamtes im abgelaufenen Jahr. Insgesamt sind 68.744 Ansuchen um Wohnungen eingegangen. Die Anforderungsgruppe hat 14.249 Anforderungsbescheide erlassen. Es konnten an politisch und rassistisch Verfolgte 1442 und an Bewerber mit Dringlichkeitsstufe I 2636 Wohnungen definitiv vergeben werden.

4220 vorläufige Einweisungen mussten in definitive umgewandelt werden. In 3233 Fällen machten Hausbesitzer von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch, dem auch entsprochen wurde.

Dazu kommen die Dringlichkeitsfälle. Es erfolgten 14.854 Notstandseinweisungen, 11.131 Untermietereinweisungen, 249 Familien erhielten Einweisungen in Siedlungshäusern, 2486 bedürftige Familien erhielten Kleingärten und an 6100 Ausgebombte und KZler wurden Wohnungseinrichtungen vergeben.

Eine erhebliche Belastung bedeutet die Belegung von Wohnraum durch die Alliierten. An öffentlichen Gebäuden, Hotels usw. sind 434 beschlagnahmt, dazu kommen 213 Villen, 5199 Wohnungen und 1134 Wohnräume. Wenn heute die Alliierten Wien verlassen sollten, wird wohl eine gewisse Erleichterung eintreten, aber nicht in dem Masse, wie manes sich vielfach erhofft. Die meisten Familien, die von Einquartierung betroffen wurden, wohnen jetzt bei Verwandten und werden nach der Freimachung ihrer Wohnungen selbstverständlich wieder dorthin zurückkehren.

Bei der Abfassung des Entwurfes des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes wurde mit Absicht nicht das Einvernehmen mit den politischen Parteien gepflogen, weil in dem Entwurf lediglich der amtliche Standpunkt zum Ausdruck kommen sollte.

Stadtrat Albrecht kam dann auf die aus dem Westen zurückkehrenden Flüchtlinge zu sprechen, die nun hier wieder aufgenommen werden sollen und unseren Wohnungsmarkt belasten.

Eine besondere Kritik hat der von uns nicht mehr aufgenommene § 3 des bisherigen Wohnungsanforderungsgesetzes ausgelöst. Es war unsere Ansicht, Mietern, die sich eine Wohnung selbst instandsetzten, diese nicht wegzunehmen oder sie noch einmal anzufordern. Wenn GR. Schwaiger meint, dass der § 3 einen grossen Anreiz für den Wiederaufbau bietet, so freue ich mich darüber, aber es darf nicht dazu führen, dass andere mit der Not Geschäfte machen.

Es wird uns auch oft der Vorwurf gemacht, dass die Materialzuweisungen mangelhaft seien und trotzdem aber für Privatbauten Material zur Verfügung stehe. Wenn uns aber nachgewiesen wird, dass jemand eine Wohnung unter gesetzlich zulässigen Voraussetzungen erwerben will, so wollen wir hier nicht hindernd eingreifen.

Eine kritische Frage stellt die zwangsweise Umsiedlung dar. Wir wollen mit dieser Bestimmung keineswegs in die Privatrechte des Mieters so eingreifen, daß die Existenz in irgend einer Form gefährdet wird. Wenn aber eine Wohnung nicht voll ausgenützt wird, so ist es nicht am Platze, so viel Rücksicht zu nehmen, wenn auf der anderen Seite drei Familien in einer kleinen Wohnung leben müssen. Wir wollen die Möglichkeit haben, durch einen solchen Tausch krasses Unrecht zu vermeiden.

Für die Beschaffung von Räumlichkeiten zur Errichtung von Tuberkulosefürsorgestellen sind die Vorarbeiten bereits im Gange.

Zur Frage der Doppelwohnungen bemerkte der Redner, daß auf öffentliche und zivile Beamte, die aus dienstlichen Gründen zeitweise von Wien abwesend sind oder auf jene Fälle wo jemand eine Schrebergartenhütte besitzt, Rücksicht genommen werden müsse. Da können wir nicht gut verlangen, daß der Betreffende in seiner Sommerwohnung ständig leben soll. Er verwies auf die Fälle der Künstler und Reisenden, bei denen gleichfalls eine Anforderung nicht gut möglich ist.

Es wird uns auch der Vorwurf gemacht, daß Wohnungen durch Terminverluste verloren gehen. Es hat sich in letzter Zeit eingebürgert, daß die Hausbesorger sagen, eine Wohnung sei schon besetzt, auch wenn dies garnicht zutrifft. Solche Wohnungen stehen dann leer. Wir haben auch Mengelwohnungen, die längere Zeit nicht instandgesetzt wurden und die sich in einem Zustand befinden, daß nicht gerne jemand einzieht. Die Wohnung muß erst gereinigt und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden, die aber sehr lange dauern. Daher kommt es, daß solche Wohnungen länger freistehen.

In Anbetracht des überaus großen Wohnungsmangels sind aller Augen auf die Tätigkeit unserer Beamten gerichtet und der größte Teil von unseren Leuten ist auch immer bestrebt Helfer der Bevölkerung zu sein. Der Parteienverkehr mit nervösen und verärgerten Menschen in kalten Räumen ist ein schwerer Dienst. Die Meinung aber, daß Beamte des Wohnungsamtes bestechlich seien, trifft nicht zu. In den meisten Fällen hat es sich herausgestellt, daß die Anschuldigungen falsch waren oder gegen Personen gerichtet, die dem Wohnungsamt überhaupt nicht angehören.

